



VERZWEIFELTER EINSATZ: Ein Freiwilliger bei der Feuerbekämpfung in der Region Rjasan südöstlich von Moskau.

Brände: Berlin schließt Botschaft in Moskau

MOSKAU/BERLIN. Wegen der verheerenden Brände in Russland und des sich ausbreitenden giftigen Rauchs ist die deutsche Botschaft in Moskau seit gestern bis auf weiteres geschlossen. Der Botschaftsbetrieb sei vorübergehend eingestellt worden, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes. Im Kampf gegen die Waldbrände müssen sich die Einsatzkräfte auf immer neue Gefahren einstellen. Es besteht das Risiko, dass radioaktiv verseuchter Boden aufgewirbelt wird. Zu schaffen macht den Menschen aber vor allem der Smog. Die Zahl der Feuertoten stieg bis gestern nach offiziellen Angaben auf 52. Wegen der weiter andauernden Jahreshitze und des Rauchs erhöhte sich die Sterberate dramatisch. Nach Angaben des Moskauer Standesamtes stieg die Zahl der Toten im Juli im Vergleich zum Vorjahresmonat um etwa 50

Prozent auf 14 340. Ein Ende der Dürre und der steigenden Temperaturen war nicht in Sicht. Auf dem Gelände des atomaren Forschungszentrums in Sarow etwa 400 Kilometer östlich von Moskau loderten gestern noch zwei Brände. Dort kämpften Spezialkräfte seit Tagen gegen die radioaktive Gefahr. Trotz des starken Rauchs, der die Löscharbeiten behindere, sei die Lage aber derzeit unter Kontrolle. Zivilschutzminister Sergej Schoigu warnte davor, dass die Brände radioaktiv verseuchten Boden im Gebiet von Brjansk aufwirbeln könnten. Brjansk befindet sich südwestlich von Moskau an der Grenze zu Weißrussland und zur Ukraine. Die Region ist seit der Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 besonders stark von Radioaktivität betroffen. Die Stadt mit mehr als 400 000 Einwohnern liegt 300 Kilometer von Tschernobyl entfernt.

AUSLAND KOMPAKT

Piraten kapern Frachtschiff

24 Mann Besatzung beschossen

NAIROBI. Somalische Piraten haben im Golf von Aden ein Frachtschiff mit 24 Mann Besatzung gekapert. Auf die Besatzung sei geschossen worden, teilte ein Sprecher der Atalanta-Mission der EU-Marinestreitmacht Navfor mit. Ob es Verletzte gab, wurde nicht berichtet. Die Piraten seien am Donnerstag an Bord der MV „Syria Star“ geklettert und hätten das Kommando übernommen.

Polens Präsident vereidigt

Komorowski legt Bekenntnis zu Europa ab

WARSAU. Mit einem Bekenntnis zu Europa hat der neue polnische Präsident Bronislaw Komorowski sein Amt angetreten. Sein Land wolle zum Kreis der „europäischen Player“ gehören und den „alten Kontinent“ stärken und dynamisieren, sagte der 58-Jährige gestern nach seiner Vereidigung vor dem Parlament in Warschau. Polen solle sich auch stärker in der Debatte um die Zukunft des „gemeinsamen Europas“ engagieren. Das Verhältnis zu Frankreich und Deutschland habe dabei eine „Schlüsselbedeutung“ für die europäische Stabilität, betonte er.

Afghanische Bauarbeiter getötet

Sprengstoffanschläge im Osten des Landes

KABUL. Militäroperationen und Taliban-Anschläge haben in Afghanistan erneut Zivilisten das Leben gekostet. Die internationale Schutztruppe Isaf teilte mit, bei zwei Sprengstoffanschlägen der Taliban in zwei ostafghanischen Provinzen seien am Vortag zwölf afghanische Bauarbeiter getötet worden. Unbeteiligte starben auch bei einem Einsatz ausländischer und afghanischer Truppen.

Bonner Klima-Gespräche ohne klare Ziele beendet

BONN. Die Bonner Klima-Gespräche haben den Hoffnungen für die nächste Weltklimakonferenz im mexikanischen Cancún einen Dämpfer versetzt.

US-Unterhändler Jonathan Pershing sagte gestern in Bonn, bei den weltweiten Klimaverhandlungen gebe es Rückschritte. Einige Länder nähmen wieder Abstand von den Abmachungen zur Reduzierung der Treibhausgasen. Auch die Entwicklungsländer bezeichneten

die gestern zu Ende gegangenen Klima-Gespräche als frustrierend.

Die internationalen Klimaverhandlungen stecken seit der gescheiterten UN-Konferenz in Kopenhagen Ende 2009 in der Krise. Der Gipfel ging mit einem Minimalkompromiss zu Ende. Beim nächsten Weltklimagipfel im Dezember soll eigentlich ein neues Weltklimaabkommen verabschiedet werden, das das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll ablösen soll.

Kampf um CDU-Chefsessel in Düsseldorf eröffnet

DÜSSELDORF. Der frühere nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet hat den Kampf um den CDU-Landesvorsitz eröffnet. Durch Landesgeneralsekretär Andreas Krautscheid ließ er gestern in Düsseldorf mitteilen, dass er für den Posten des Landeschefs kandidieren werde.

Laschet ist damit erster und bislang einziger offizieller Kandidat für die Nachfolge des bisherigen Landeschefs Jürgen Rüttgers. Allerdings soll sich auch Bundesumweltminister Norbert Röttgen für das Amt interessieren. Unterstützt wird Laschet nicht nur von Generalsekretär Krautscheid, sondern auch vom CDU-Fraktionschef im Nordrhein-westfälischen Landtag, Karl-Josef Laumann.



Armin Laschet

Campbells Rohdiamanten an Südafrika übergeben

JOHANNESBURG. Ein Freund von Topmodel Naomi Campbell hat drei mutmaßliche Rohdiamanten den Behörden in Südafrika übergeben.

Die Steine hatten beim Kriegsverbrecherprozess gegen den liberianischen Ex-Präsidenten Charles Taylor zuletzt im Zentrum des Interesses gestanden. Campbells Freund Jeremy Ratcliffe sagte gestern, er habe die Steine am Donnerstag nach der Aussage des Modells vor dem UN-Tribunal in Den Haag weitergegeben. Ratcliffe erklärte weiter, Campbell habe ihm die Steine während einer gemeinsamen Zugfahrt am 26. September 1997 gegeben: „Ich habe sie genommen, weil ich dachte, es könnte illegal sein, wenn sie Rohdiamanten aus dem Land bringt.“ Er bestätigte, dass sie vorgeschlagen habe, dass die Steine dem Children's Fund von Nelson Mandela zugute kommen könnten.

Das Comeback von Rot-Grün

Bürger sehnen sich nach Wechsel

Die Stimmung ist gekippt. Eine Mehrheit der Bürger sähe lieber Rot-Grün in der Bundesregierung als Schwarz-Gelb.

BERLIN. SPD-Chef Sigmar Gabriel macht den Eindruck, als seien ihm die guten Nachrichten fast unheimlich. Das Umfragehoch seiner Partei sei „zuerst die Quittung für die katastrophale Politik von Merkel und Westerwelle“, meinte er. Die eigene Partei sei allenfalls „auf einem guten Weg“, sagte Gabriel fast defensiv zur „Berliner Zeitung“.

Dabei hätte der SPD-Chef nach der Erhebung des „Deutschlandtrends“ allen Grund zum Jubel. Erstmals seit acht Jahren hätte Rot-Grün wieder eine Regierungsmehrheit, wenn am kommenden Sonntag gewählt würde. Mit zusammen 48 Prozent liegt Rot-Grün klar vor Union und FDP, die bei der Umfrage gemeinsam auf 36 Prozent abge-sackt sind.

Die SPD steigert sich in der Umfrage von 30 auf 31 Prozent und erreicht damit ihren besten Wert seit Juni 2007. Dagegen verliert die Union gegenüber dem Vormonat zwei Punkte und liegt nunmehr mit 31 Prozent gleichauf mit der SPD. Die Grünen halten ihre 17 Prozent. Die FDP verharrt in der Sonntagsfrage unverändert bei fünf Prozent und wäre damit nur knapp im Bundestag. Die Linke kommt erneut auf zehn Prozent.

Grüne und Liberale haben die Rollen getauscht. Doch auch der Fraktionschef der Grünen, Jürgen Trittin, dämpft die Erwartungen an eine Wiederholung des rot-grünen Projektes zu Zeiten von Kanzler Gerhard Schröder (SPD). Grundsätzlich sei eine Koalition nach der Wahl



ES GEHT NACH OBEN: SPD-Chef Sigmar Gabriel hat seine Partei wieder auf Erfolgskurs gebracht.

2013 möglich, doch Trittin reklamiert größeren Gestaltungsspielraum für seine Partei. „Die SPD für harte Industriepolitik, Grüne für Lehrertarife – das funktioniert nicht mehr“, sagte Trittin „Spiegel online“.

Aus den Regierungsparteien wurde Selbstkritik laut. „Das ist, nach meiner Einschätzung, nicht ein kurzfristiger Stim-

mungsumschwung, sondern das ist ein Trend“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Josef Schlarmann, dem SWR. Vor allem die FDP-Wähler seien „maßlos enttäuscht von dem ersten Jahr des Regierungshandelns“.

Der frühere CSU-Generalsekretär Thomas Goppel sagte im

Bayerischen Rundfunk, die Union habe ihre eigene Wählerklientel vernachlässigt. So seien Stammwähler verloren gegangen, weil man zu sehr Randgruppen in den Mittelpunkt gestellt habe. „Die Union ist genauso diffus in ihrem Erscheinungsbild wie die anderen politischen Kräfte“, kritisierte Goppel.

NP-INTERVIEW

„Die Grünen sind kein Juniorpartner mehr“

Der Bremer Politologe Lothar Probst gibt den Grünen gute Chancen auf einen langfristigen Aufstieg.

VON ANJA SCHMIEDEKE

Rot-Grün ist wieder da – doch die Parteien sind nicht zum Feiern aufgelegt. Ist die Vorsicht berechtigt?

Umfragen sind Momentaufnahmen. Die Regierung macht keine überzeugende Politik, davon profitiert die Opposition. Sollte es den Koalitionsparteien FDP und Union gelingen, ihre Konflikte beizulegen und erfolgreich ein oder zwei Projekte auf den Weg zu bringen, kann die Stimmung auch wieder drehen.

Vor allem der Höhenflug der Grünen ist erstaunlich. Wie sehr wird der von eigener Stärke getragen?

Die Grünen haben ihre Zeit in der Opposition seit 2005 genutzt und sich programmatisch breiter aufgestellt. In Großstädten erreichen sie heute bis zu 30 Prozent. Die Ökologie, das grüne Ursprungsthema, ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Daneben haben die Grünen aber auch Konzepte beispielsweise zu Gesundheitspolitik oder Mittelförderung entwickelt, die ernsthaft diskutiert werden.

Auch personell zeigen sich die Grünen anders als noch zu Joschka Fischers Zeiten.

Nach dem Schock der Wahlniederlage 2005 haben viele erwartet, dass in der Partei Führungskämpfe ausbrechen. Das ist nicht passiert. Die Spitzen von Fraktion und Partei arbeiten teamorientiert und gut zusammen. Strömungen, die sich früher heftig bekämpft haben, gehen heute pfleglich miteinander um, weshalb die Partei insgesamt ein sehr geschlossenes Bild vermittelt.

Obwohl es große inhaltliche Unterschiede gibt?

Den Grünen gelingt es, unterschiedliche Positionen ihrer Mitglieder, etwa bei Abstimmungen, zuzulassen, ohne daraus sofort einen Grundsatzkonflikt zu machen. Es gibt keine so ausgeprägte Hackordnung wie in anderen Parteien. Es gibt flache Hierarchien, die dem Nachwuchs mehr Raum lassen. In den Bundesländern läuft sich die nächste Führungsgeneration bereits warm.

Wie groß ist die Gefahr, dass die Grünen ähnlich abstürzen wie die FDP?

Die Grünen sind in Umfragen nun da, wo die FDP bei der vergangenen Bundestagswahl war. Aber das Fundament ist viel solider. Die Grünen sind den Kinderschuhen einer braven Juniorpartei der SPD entwachsen.

Lafontaine sieht Chance für weitere Kooperationen

SAARBRÜCKEN. Nach Einschätzung des ehemaligen Linke-Chefs Oskar Lafontaine ist das von seiner Partei gestützte Modell einer rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-West-

falen auch auf andere westdeutsche Bundesländer übertragbar.

„Auf West-Länder-Ebene ist eine Zusammenarbeit von SPD, Grünen und der Linken ohne weiteres möglich“,

sagte Lafontaine der „Saarbrücker Zeitung“. Sie ergebe sich aus Gemeinsamkeiten in der Bildungs-, Energie- und Kulturpolitik sowie der Mitbestimmungsfrage der Beschäftigten. Eine re-

guläre Regierungszusammenarbeit sei in Hamburg, Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland bislang entweder an der SPD oder den Grünen gescheitert.

» Unterwegs gut informiert!

An diesen Bahnhöfen und Flughäfen erhalten Sie täglich Ihre Neue Presse:

Ahlen*	Bremerhaven	Hamburg Bergedorf*	Lübeck	Rendsburg*
Berlin Alexanderplatz	Celle	Hamburg Dammtor	Lüneburg	Schwerin*
Berlin Friedrichstr.	Cuxhaven*	Hamburg Hbf.	Magdeburg	Stade
Berlin Frohnau*	Delmenhorst	Hannover Hbf.	Mannheim	Stendal*
Berlin Hbf.	Diepholz*	Hannover Flughafen	Minden	Stuttgart
Berlin Ostbahnhof	Düsseldorf	Hildesheim	München	Uelzen
Berlin Schönefeld*	Elmshorn*	Husum*	Münster*	Westerland/Sylt
Berlin Spandau	Emden	Itzehoe*	Neumünster	Wilhelmshaven
Berlin Tegel*	Erfurt*	Karlsruhe	Niebußl*	Wolfsburg
Berlin Zoo	Essen*	Kassel	Nienburg/Weser	Würzburg
Bielefeld	Frankfurt/Main Hbf.	Kassel Wilhelmshöhe	Northeim	Wuppertal
Bochum*	Fulda*	Kiel	Nürnberg*	
Bonn*	Göttingen	Köln	Oldenburg*	
Braunschweig	Goslar	Leer*	Osnabrück	
Bremen	Halle*	Leipzig Hbf.	Paderborn*	
Bremen Flughafen*	Hamburg Altona	Potsdam*		

*Belieferung nur sonnabends